

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweiger.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Erklärung.

In der neuesten „Kölnener Zeitung“ liest man unter Berlin, 15. Oct.:

Der Wiener „Presse“ wird geschrieben: „Nenlich erzählte die „Elberf. Ztg.“, daß eine feudale Subscription für zwei hiesige Social-Demokraten im Gange sei. Entrüstet sprangen die Herren v. Schweiger und v. Hoffstätten, Redacteure des „Social-Demokrat“, in die Höhe und erklärten etwas voreilig, daß dies pure Verleumdung sei. Die Elberfelderin rectificirte, so gut es ging, und wurde dafür nochmals der Verleumdung beschuldigt. Nun berichten Berliner Correspondenzen in Provinzialblättern, daß in einem hiesigen Redactions-Bureau eine solche Subscriptionliste vorgelegt wurde. Sie circulirte unter den höheren Beamten mit der Weisung, daß eine maßgebende Person in der Regierung die beiden Herren protegire und die Verbesserung ihrer socialen Stellung wünsche. So charakteristisch diese Thatsache für unsere Zustände und Personen ist, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß ein feudales Mitglied des Abgeordnetenhanfes die Subscriptionliste mit Entrüstung zurückwies und sich gegen die Vermischung der conservativen mit der social-demokratischen Partei verwahrte.“

Man hätte es in der That nicht für möglich halten sollen, daß die Redactionen zweier großen Blätter, von denen man glauben sollte, daß sie einigermaßen auf ihren Ruf bedacht seien, dem traurigen Beispiel der „Rhein. Ztg.“ folgend, eine Verleumdung wiederholen würden, die sich bereits durch das ausdrückliche Zugeständniß des ursprünglichen Erfinders der Verleumdung als solche erwiesen hat.

Indessen — es ist unglaublicher Weise geschehen und die Sache muß jetzt bis auf's Aeußerste zum öffentlichen und privaten Austrag gebracht werden.

Wir Unterszeichneten erklären hiermit auf Ehrenwort, daß wir verläumdet worden sind, und wir fordern vor der ganzen Oeffentlichkeit die elenden Verläumder auf, sich zu nennen, damit wir sie zur Rechenschaft ziehen können. Es wäre eine unerhörte, eine beispiellose Feigheit, wenn die anonymen Verläumder dieser ausdrücklichen öffentlichen Provocation zweier Männer gegenüber nicht aus ihrem Versteck hervortreten würden.

Die gesammte Presse aber, die conservative wie die liberale, erjuchten wir, mit äußerstem Nachdruck auf Klärung des Sachverhalts dringen zu wollen, da es im allgemeinen Interesse liegt, einem feigen Lügenfabrikations-system entgegenzutreten.

Inbesondere möge sofort diejenige Redaction sich nennen oder namhaft gemacht werden, bei welcher die fragliche Subscriptionliste „vorgelegt“ worden sein soll.

J. B. v. Hoffstätten. J. B. v. Schweiger.

## Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Ausfeilung nach stenograph. Aufzeichnung.)

Meine Herren!

Als ich am vorigen Sonntag den Vortrag, welcher den Zweck verfolgte, die hauptsächlichsten Unrichtigkeiten in dem vorangegangenen Vortrage des Herrn Schulze-Delitzsch als solche nachzuweisen, beendet hatte, da stellten Sie an mich eine Reihe von Fragen und Interpellationen, aus welchen ich entnahm, daß Sie von mir zweierlei zu wissen wünschten:

Erstens: Was denn eigentlich der Socialismus wolle, wie er sich die Gesellschaft und den Staat der Zukunft denke.

Zweitens: Auf welche Weise man auf friedlichem Wege den jetzigen Zustand in den beabsichtigten hinüber zu führen für möglich erachte.

Dem entsprechend wird sich mein heutiger Vortrag, welcher den Zweck hat, diese beiden Fragen zu beantworten, in zwei Hälften theilen: in der ersten werde ich Ihnen auseinandersetzen, was wir überhaupt wollen und bezwecken; im zweiten Theile werde ich die Mittel zum Zwecke behandeln.

Insbepondere werde ich Ihnen in diesem zweiten Theile den meisterhaften Vorschlag Lassalle's, wie der jetzige Staat auf friedliche Weise in den social-demokratischen hinüberzuführen sei, entwickeln.

Ich gehe zum ersten Theile meines Vortrages über.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung:

Sie haben mir für diesen ersten Theil meines Vortrages eine schwere Aufgabe gestellt, eine Aufgabe, die weit schwieriger ist, als es den Anschein hat; denn ich muß, um diese Aufgabe zu lösen, eine ganze Reihe von Erkenntnissen, welche selbst die Ergebnisse langer Gedankenketten sind, ich muß die Leistungen großer Denker auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und endlich auch die Früchte eigenen Nachdenkens — ich muß dies Alles in dem kurzen Zeitraum einer halben Stunde in wenige Sätze zusammenpressen. Und doch muß ich Vieles, was in engem Zusammenhange mit Gesagtem steht, zurückdrängen, damit der Zuhörer nicht gewissermaßen überfluthet werde; ich muß mit einem Wort, was der Gegenstand einer langen Reihe von Vorträgen sein sollte, in einem einzigen einfach und faßlich vor Sie stellen. Ob die Aufgabe mir gelingen werde, ich weiß es nicht — das aber verspreche ich Ihnen, daß ich mein Möglichstes thun und daß ich insbesondere mit jener wissenschaftlichen Ruhe vorgehen werde, die Sie aus meinem vorigen Vortrage kennen.

Zur Sache selbst übergehend, muß ich damit beginnen, vor einem Mißverständnis zu warnen. Man hört fortwährend die Ausdrücke

„Schulzeanismus“ und Lassalleanismus“, „Schulzeaner“ und Lassalleaner“ u. dgl. m. H., ich habe nichts dagegen, wenn man unter „Schulzeanismus“ versteht will diejenige große volkswirtschaftliche Richtung, welcher Schulze angehört, und unter „Lassalleanismus“ diejenige große volkswirtschaftliche Richtung, welcher Lassalle angehört. Allein, m. H., bei Manchem könnte durch diese Ausdrücke die irrige Meinung entstehen, als hätten gewissermaßen diese beiden Männer etw. völli. Neues erfunden, während doch dies weder der Fall ist, noch derartiges der Fall sein kann. Wir stehen bestimmten volkswirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber; die Gesamtheit dieser volkswirtschaftlichen Verhältnisse erfährt seit lange zwei von einander grundverschiedene Beurtheilungsweisen — Beurtheilungsweisen, welche von den Verhältnissen mit innerer Nothwendigkeit bestimmt werden. Auf beiden Seiten haben gestanden und stehen große Denker und praktisch wirkende Männer. In jeder der beiden Richtungen kann dieser oder jener sich auszeichnen. Aber nicht nach einzelnen Personen, und seien ihre Leistungen noch so groß und bedeutend, kann man, wenigstens in der streng wissenschaftlichen Sprache, jene Richtungen bezeichnen. Diejenige Richtung, welcher Schulze angehört, die jetzt herrschende volkswirtschaftliche Schule, pflegt man die Bourgeoisökonomie zu nennen; diejenige Richtung, welche Lassalle vertrat, kann Arbeiter- oder Socialökonomie genannt werden. Nicht um Schulzeanismus und Lassalleanismus handelt es sich also in der Wissenschaft, sondern um Bourgeoisökonomie und Arbeiter-Ökonomie.

Betrachten wir zunächst die Dinge im Sinne jener ersteren, im Sinne der Bourgeoisökonomie, um hierauf, auf Grundlage des Vorangegangenen, die Verhältnisse im Geiste der Arbeiterökonomie zu beleuchten.

M. H.! Die Volkswirtschaft hat es mit den Werthen zu thun, und es tritt also zunächst die Frage an uns heran: Was ist ein Werth? Wie entsteht der Werth?

M. H.! Der Mensch hat Bedürfnisse verschiedener Art: er will essen, trinken, wohnen, bekleidet sein, Bücher lesen u. s. f. Jeder Gegenstand der dazu geeignet ist, ihm ein bestimmtes Bedürfnis zu befriedigen, ist für ihn ein Werthgegenstand. Es ist der Gebrauchswerth, der uns hier entgegentritt. Aber, m. H., wenn ich nun in einer bestimmten Entwicklungsstufe der Gesellschaft einen solchen Gebrauchswerth in der Hand habe, will aber nicht den Gebrauch davon machen, zu dem er für mich geeignet wäre, sondern möchte irgend ein anderes Bedürfnis befriedigen, so trete ich zu Einem, welcher in dem Besitze desjenigen Gegenstandes ist, den ich gerade haben will, um jenes Bedürfnis zu befriedigen, und sage zu ihm: Gib mir diesen Gegenstand, ich gebe dir dafür den meinigen. Hast es nun auch diesem Anderen, den Gegenstand, welchen ich habe, für sich zu erlangen, so werden

wofe  
bint  
berig  
deffer  
mal.  
con  
es u  
Lsch  
schw  
berei  
nich  
vbre  
tiefe  
um  
zu de  
überg  
lich  
tsched  
an di  
zum  
zwing  
bare.  
selbst  
Die  
fisch  
entfch  
Politik  
ist  
Bitten  
seinen  
berüh  
könn  
mann  
histori  
sichtig  
gequä  
jeder  
männ  
polize  
und  
staat  
Weise  
bequer  
unsere  
warte  
warte  
tralist  
warte  
deru  
wenn  
dem  
schreit  
leiner  
lich  
blüdi  
Frage  
noch  
ale  
wird  
kräftig  
allen  
ständl  
dene  
des  
Regie  
rung  
tats  
die A  
stiger  
englis  
de Th  
seinen  
über  
dem  
wird,  
man  
cielle  
Par  
Jeder  
leicht

die beiden Gegenstände ausgetauscht, und es tritt uns der Tauschwerth entgegen. Stand ich mit dem Gebrauchswerth für mich allein, insofern ich — ich für meine Person — mein eigenes persönliches Bedürfnis befriedigen konnte, so trete ich mit dem Tauschwerth in die Gesellschaft ein, insofern ich in Beziehung zu Andern komme.

Worauf nun gründet, wonach bemißt sich der Tauschwerth?

(Fortsetzung folgt.)

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* **Berlin, 17. Oct.** [Zum vorgestrigen Vortrag in der „Alhambra“] haben wir keinen Grund, uns über die Presse Berlins, die liberalen Blätter sowohl, wie die conservativen, zu beschweren. Dieselben bringen Berichte über den Vortrag, welche die Absicht, möglichst genau den Inhalt derselben wiederzugeben, nicht verkennen lassen. Auch sind die Berichte zum Theil sehr ausführlich, (der „Staatsb.-Ztg.“ ist unsern Lesern bereits bekannt, die „Berl. Ref.“ berichtet in zwei Spalten, die „Voss. Ztg.“ eng gedruckt in drei ihrer breiten Spalten). Unter solchen Umständen wäre einige Hoffnung, daß endlich die tief wissenschaftlichen Fragen, um die es sich handelt, mit der entsprechenden Ruhe und Gründlichkeit zu sachgemäßer öffentlicher Behandlung kämen.

Eine weitere erfreuliche Thatsache haben wir darin mitzutheilen: daß aus der Bourgeoisie-Klasse selbst mehrfach wohlwollende Männer, deren Herz für die Volksfrage schlägt, durch die letzten Vorträge der social-demokratischen Sache gewonnen wurden.

Haben wir nun bisher mit Freunden den Vertretern anderer Parteien Gerechtigkeit widerfahren lassen, so müssen wir zum Schluß, Curiositäts halber, mittheilen, wie eine Ausnahme von den hiesigen Blättern machend, die „Voss. Ztg.“ über den letzten Vortrag berichtet. Der gesammte Bericht der „Voss. Ztg.“ besteht in Folgendem:

Herr v. Schweitzer hat am Sonntag die Ziele und Zwecke des Sozialismus zu erklären versucht. Sein Heilmittel für alle Leiden des Volkes besteht darin, daß der Staat dem Arbeiterstande 100 Millionen Thaler zur Gründung von Produktiv-Assoziationen geben müsse. Auf die Frage, wie diese 100 Millionen zu beschaffen seien, mußte Herr v. Schweitzer zugestehen, daß dies Geld nur auf dem Wege der Besteuerung, d. h. durch das Volk selbst zu beschaffen sei.

[Zur Arbeiterbewegung] wird uns aus Hagen berichtet, daß dortselbst eine allgemeine Arbeiterversammlung am 15. d. auf Antrag des Herrn Fölke aus Fierlohn eine Resolution gegen Herrn Schütze, anlässlich insbesondere des letzten Vortrages desselben, richtete und zugleich sich im Lassalle'schen Sinne aussprach. Näheres im Vereinstheil.

[Den Nationalverein betreffend] berichtet man aus Altenburg, 12. Oct.: „Die hiesigen Nationalvereinsmitglieder haben vor etwa acht Tagen an den Vorstand des Nationalvereins den Antrag gesandt: „Von den Flottengeldern so viel als möglich für Bauer (zu Marine-Experimenten) zu bewilligen.“ Wie es heißt, hat sich der Ausschuss schon mit dieser Frage beschäftigt.“ Wir begrüßen in dieser Nachricht ein erfreuliches Zeichen, daß der Nationalverein sich gleich seinem Vetter, dem großpreussischen Reformverein, der bekanntlich beschlossen hat, nichts zu thun, von der Politik zurückzuziehen gedenkt. Wenn die Besserung nur nachhält!

[Der abgetretene Redacteur der „Münchener Abendzeitung“] Herr C. Weller, erklärt im „Münchener Anzeiger“, daß seine Entlassung von der Redaktion dadurch bewirkt worden sei, daß der Verleger, Herr Klotz, mit Umgehung seiner Person den Segern Befehl gab, sein Manuscript nicht anzunehmen.

[Die österreichische Anleihe betreffend], von der man bisher annahm, sie werde nicht zu Stande kommen, was auch hoffentlich der Fall sein wird, ist jetzt bei einem hiesigen Bank-

hause ein Telegramm aus Wien eingelaufen, wonach die Anleihe bereits abgeschlossen wäre. Rothschild und Baring Brothers sollen dieser Nachricht zufolge dieselbe zum Cours von 92 übernommen haben; dieselbe sei fünfprocentig in Silber einzuzahlen, sei steuerfrei und binnen 15 Jahren rückzahlbar. Die erste Emission von 60 Millionen sei von den Contractanten endgültig übernommen und es bleibe die weitere gleichlautende Emission ihren Entschliessungen vorbehalten. — Hoffentlich findet dieses Telegramm keine Bestätigung.

\* **Stuttgart, 15. October.** [Die Aufgabe deutscher Krieger] unter den jetzigen Verhältnissen wird klargestellt durch nachstehenden neu erschienenen

#### Corps-Befehl:

1) Es ist höchsten Orts mit Mißfallen aufgenommen worden, daß, wenn Seine Königliche Majestät Ihre Wege im k. Hoftheater betreten, sich nicht sämtliche Offiziere zugleich, sondern auf der einen Seite später als auf der andern erheben.

2) Es wird Offizieren eingeschärft, daß, wenn Ihre Majestät die Königin in die königliche Loge nach Seiner Majestät dem Könige tritt, Höchstdieselbe nochmals besonders zu begrüßen ist.

3) Es wurde wiederholt mißfällig aufgenommen, daß die Wachen von Ihren Majestäten die vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen zu spät abgeben. Es wird die Entschuldigung, als habe der Posten vor dem Gewehr die Wache zu spät ins Gewehr gerufen, nicht mehr angenommen, vielmehr der Wachkommandant für rechtzeitige Abgabe der Ehrenbezeugungen persönlich verantwortlich gemacht werden.

4) Da über die vor Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich abzugebenden Ehrenbezeugungen Irrungen entstanden sind, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß zwar nicht vor dem Prinzen Friedrich Königl. Hoheit allein, wohl aber, wenn Hochdieselbe zugleich mit Seiner Gemahlin Prinzessin Katharine Königl. Hoheit an der Wache vorbeikommt, die für Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses in gerader Abstammung vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen abzugeben sind. Am Irthümern vorzugehen, wird, falls die beiden Kgl. Hoheiten zugleich in geschlossener Caisse an einer Wache vorbeifahren sollten, der hinterehende Lakai durch Erheben des Armes der Wache ein Zeichen geben.

5) Es wird die Entschuldigung, als habe ein Soldat die Abgabe der vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen aus Unkenntniß mit der Person Sr. Majestät des Königs unterlassen, nicht mehr angenommen werden. Sämtliche Soldaten haben sich mit der Person Sr. Majestät genau bekannt zu machen. Es sind zu diesem Behufe genaue Photographien Höchstdieselben aus Regimentsmitteln anzuschaffen und in den Mannschaftszimmern anzulegen.

6) Es kann die Entschuldigung nicht angenommen werden, als sei die vorgeschriebene Ehrenbezeugung vor Ihren Majestäten nicht abgegeben worden, weil Höchstdieselben in geschlossener Caisse fahrend von dem Begleitenden nicht erkannt worden seien. Es wird den Soldaten angerathen, im Zweifelsfalle vor jeder geschlossenen Hofcasse die vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen abzugeben.

\* **Karlsruhe, 15. Oct.** [Zum Ministerwechsel.] Der Eintritt des Herrn v. Edelsheim in das Ministerium ist sicher. Von einem Austritt Lamens aus Gesundheitsrücksichten (die neueste Version der Konservativen) ist nicht die Rede. Dem Minister v. Roggenbach ist noch vor seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste der preussische rothe Adlerorden 1. Klasse verliehen worden. Der Glückliche!

### Ausland.

\* **Paris, 15. Oct.** [Tagesbericht.] Die „Liberte“ weiß recht wohl, welche Kost dem großen Publikum zuzusetzen, und darum eben hat sie sich auf die Specialität der Rheingrenze verlegt. Heute Abend geht dieses Blatt in seiner Unerkämtheit so weit, einen Brief von einem „malheureux Rhénan“ (unglücklichen Rheinländer) zu bringen, der bescheiden im Namen der ganzen Provinz ein staatsrechtliches Clavier zum Besien giebt, an dessen Schluß es heißt: „Die Geschichte soll nicht sagen, daß unter der Regierung Napoleons III die letzte Spur der Civilisation im Ruhr-, Rhein-, Saar- und Mosel-Departement vernichtet worden sei!“ — Das Circular über die Sanitäts-Conferenz ist noch nicht an die diplomatischen Agenten abgegangen, da der Entwurf eine Aenderung zu erfahren scheint. — Morgen wird abermals ein Minister-

rath stattfinden, auf dessen Tagesordnung vorzüglich finanzielle Fragen stehen. Insbesondere wird eine Erwägung des Budgets in seiner Gesamtheit beabsichtigt. — Wie verlautet, hat Herr Fould sein traucieses Project, einen Theil der französischen Staatswälder abzuholzen, keineswegs aufgegeben. — Im IndustriePalaste werden wieder zwei neue Ausstellungen vorbereitet, eine für Pferde und eine für Geflügel. Die Herren Bövic und Fleury sind die Hauptbeförderer dieser Unternehmungen. — Der Pfarer von Proutel, wo Lamericie gestorben, hat wichtige Papiere vor uneingeweihten Augen zu retten gehabt; kaum war der General todt, als der Pfarer nach Rom eilte, wo er sogleich in einem päpstlichen Wagen nach dem Vatican abgeholt wurde. — Am Donnerstag starben an der Cholera 191 und am Freitag 180 Personen. Die Ziffern von Sonnabend und heute fehlen noch. Die Krankheit soll aber wieder in der Zunahme begriffen sein. Die Zahl der Personen, welche vom 22. Sept. bis 13. Oct. in die Hospitäler gebracht wurden, beträgt 979. In den Militär-Hospitälern tritt die Cholera jetzt ebenfalls heftiger auf. Die Behörden haben große Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Die Casernen wurden gereinigt und die Truppen müssen jeden Tag große Märsche machen. Von Maßregeln der Gemeindebehörde von Paris vernimmt man noch gar nichts. Besonders viele Opfer soll die Cholera unter den Pariser Gassenkehrern gefordert haben, unter denen sich viele Deutsche befinden. In Toulon, Marseille und in dem übrigen Süden Frankreichs tritt die Cholera wenig heftig auf. Die Zahl der Personen, welche dort ausgewandert sind, beträgt 60,000. In Paris ist die Auswanderung bis jetzt ohne Bedeutung. — Aus Madrid, 15. Oct., wird telegraphirt: Die Wahlbewegung ist durch die Cholera ins Stocken gerathen und mehr als 60,000 Personen haben die Hauptstadt verlassen. Doch ist die Seuche bedeutend im Abnehmen begriffen.

[Die indirecten Steuern.] Das Finanzministerium veröffentlicht heute eine Uebersicht über die indirecten Steuern der ersten neun Monate von 1865, verglichen mit denen der entsprechenden Periode von 1864 und 63. Die Zuckersteuer ist der ominöse Posten, wodurch die indirecten Einnahmen von 1865 gegen die von 64, und in noch weit bedeutenderem Verhältniß gegen die von 63 im Deficit bleiben. Verglichen mit 1864 ergeben die neun ersten Monate von 1865 eine Zunahme der indirecten Einnahme (ohne Zuckersteuer) von 4,863,000 Fr., die Zuckersteuer ergibt aber ein Deficit von 9,519,000 Fr., bleibt also im Ganzen eine Einnahme von 4,656,000 Fr. Verglichen mit 1863 ergeben die indirecten Einnahmen der ersten neun Monate von 1865 (ohne Zuckersteuer) eine Zunahme von 16,062,000 Fr., die Zuckersteuer aber ergibt eine Abnahme von 56,573,000 Fr., so daß die ersten neun Monate von 1865 gegen die von 1863 im Ganzen im Rückstande bleiben mit 40,511,000 Fr. Die bedeutendste Zunahme gegen 1864 bildet die Tabaksteuer mit 3,956,000, die bedeutendste Abnahme (abgegeben von der erwähnten Zuckersteuer) die Einreue- und Hypotheksteuer mit 3,996,000 Fr. Die Tabaksteuer trägt in den ersten neun Monaten von 1865 dem Staate die ansehnliche Summe von 174,157,000 Fr., die Tabaksteuer 164,686,000 Fr. ein.

\* **London, 14. Oct.** [Die Finanzen der Union.] Die „Times“ bringen einen Leitartikel über die Finanzen der Vereinigten Staaten. Mit den amerikanischen Finanzen ist es augenblicklich ungefähr folgender Maßen bestellt: die Staatsschuld beträgt 600,000,000 Pfd. St., und durch diese Summe werden einfach die Kosten des vor kurzem beendigten Bürgerkrieges repräsentirt. Aufgebracht wurden diese Gelder bloß durch Anleihen; die gewöhnlichen Jahressteuern lieferten gar keinen Beitrag. Man nimmt an, daß während der vier Kriegsjahre das Heer etwa 530,000,000 und die Flotte etwa 70,000,000 £. verschlungen hat. Was nun die Zukunft anbelangt, so wollen die Amerikaner auf dem Wege der Besteuerung ein Jahreseinkommen von 80,000,000 £. aufbringen und glauben, es aufbringen zu können. Damit, glauben sie, würden sie im Stande sein, nicht nur die Zinsen der Staatsschuld und die laufenden Jahresausgaben zu bestreiten, sondern auch einen Ueberschuß von 10,000,000 £. erwarten zu dürfen. Die erwartete Einnahme würde sich mit Zugrundelegung der englischen Maßstäbe folgender Maßen vertheilen: Zölle 16,000,000 £.; innere Einnahmequellen 60,000,000